

Entwicklung der Staats- und Kommunalfinanzen im Jahr 2001

1. Staatsfinanzen

Ausgaben weiter gestiegen

Die kassenmäßigen Ausgaben des Landes Niedersachsen haben sich im Jahr 2001 weiter erhöht. Nach bereits deutlichem Wachstum im Vorjahr lagen die „Bereinigten Gesamtausgaben“ im Jahr 2001 mit 22 068 Mio. € um 6,2 % erheblich über dem Stand von 2000. Bei den Ausgaben der laufenden Rechnung betrug die Zunahme 4,7 %. Besonders kräftig stiegen die Ausgaben der Kapitalrechnung. Nach einer merklichen Ausweitung im Vorjahr wurde im Jahr 2001 eine weitere Erhöhung vorgenommen, und zwar im Vergleich zu 2000 um immerhin 18,8 %.

Die kassenmäßigen Einnahmen des Landes wiesen im Jahr 2001 deutliche Einbußen auf. Mit 18 661 Mio. € lagen die „Bereinigten Gesamteinnahmen“ um 6,0 % unter dem Betrag des Vorjahres. Dabei stand einem Anstieg der Einnahmen aus der Kapitalrechnung um 46,2 % ein Rückgang der Einnahmen aus der laufenden Rechnung um 8,1 % gegenüber. Gemessen an den Gesamteinnahmen überwogen die laufenden Einnahmen mit großem Abstand, so dass die Gesamtentwicklung der Einnahmen negativ verlief.

Anteil der Personalausgaben noch weiter gesunken

Die Ausgaben der laufenden Rechnung (siehe Tabelle 1) erreichten im Jahr 2001 einen Betrag von 19 352 Mio. €. Sie machten damit 87,7 % der „Bereinigten Gesamtausgaben“ aus.

Die wichtigste Ausgabebeziehung wurde erwartungsgemäß wiederum von den Personalausgaben in Höhe von 8 154 Mio. € gebildet. Sie gingen allerdings im Vorjahresvergleich um 4,8 % zurück. Ursache für diesen Rückgang waren Ausgliederungen von weiteren Hochschulen (z. B. Uni Göttingen, Uni Hannover, TU Braunschweig) aus dem Landeshaushalt. Durch die Ausgliederungen verringerte sich der Anteil der Personalkosten an den „Bereinigten Gesamtausgaben“ nochmals auf 36,9 %. Bereits im Vorjahr hatte die Bedeutung der Personalausgaben durch unterdurchschnittliches Wachstum aus demselben Grund abgenommen.

Einen hohen Anteil an den Gesamtausgaben erreichten ebenfalls die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit einem kassenmäßigen Gesamtbetrag von

1. Kassenmäßige Ausgaben des Landes im Jahr 2001 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Ausgaben	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalausgaben	8 154	1 027	-4,8
Laufender Sachaufwand	1 360	171	-0,5
Zinsausgaben	2 197	277	+4,9
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ¹⁾	7 640	962	+18,2
dar. an öffentlichen Bereich	4 275	538	+2,8
an Unternehmen ²⁾	1 825	230	+103,6
an soziale o.ä. Einrichtungen	372	47	-8,4
Sozial- und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ³⁾	724	91	+20,8
Ausgaben der laufenden Rechnung	19 352	2 437	+4,7
Sachinvestitionen	418	53	-26,9
Erwerb von Beteiligungen	504	63	x
Vermögensübertragungen	1 637	206	+6,0
dav. an öffentlichen Bereich ⁴⁾	541	68	-1,9
an andere Bereiche ²⁾	1 097	138	+10,5
Gewährung von Darlehen	121	15	+73,7
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	36	5	-63,6
Ausgaben der Kapitalrechnung	2 716	342	+18,8
Bereinigte Gesamtausgaben	22 068	2 780	+6,2
nachr.: Finanzierungssaldo	-3 407	-429	x
Besondere Finanzierungsvorgänge	1 824	230	+25,9
dar. Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 783	225	+26,3

¹⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich.

²⁾ Einschl. der aus dem Landeshaushalt ausgegliederten Einrichtungen, insbes. Hochschulen.

³⁾ Einschl. Zahlungen nach dem Wohngeld- bzw. Unterhaltsvorschussgesetz. -⁴⁾ Zuweisungen für Investitionen.

7 640 Mio. €. Damit übertrafen sie den Vorjahresstand um immerhin 18,2 %. Den größten Anteil an dieser Ausgabeart nahmen mit 4 275 Mio. € die Zuweisungen und Erstattungen an den öffentlichen Bereich, insbesondere an Gemeinden und Gemeindeverbände, ein. Auch Zahlungen an Einrichtungen, die aus dem Landeshaushalt ausgegliedert worden sind, wie z. B. Hochschulen, fallen unter die Position „Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke“. Nach den bereits erwähnten Ausgliederungen weiterer Hochschulen aus dem Landeshaushalt im Jahr 2001 sind diese Zahlungen erheblich ausgeweitet worden. Im Verhältnis hierzu erscheinen die Ausgaben an soziale o. ä. Einrichtungen mit 372 Mio. € (- 8,4 %) sowie die Sozial- und sonstigen Geldleistungen an natürliche Personen (z. B. Zahlungen nach dem Wohngeld- bzw. Unterhaltsvorschussgesetz) mit 724 Mio. € als gering. Dabei wiesen die letztgenannten Zahlungen eine kräftige Steigerung im Vorjahresvergleich um 20,8 % auf.

Ein weiterer Teil der laufenden Ausgaben entfiel auf die Zinsausgaben. Sie nahmen im Jahr 2001 um 4,9 % auf 2 197 Mio. € zu, was pro Einwohner 277 € ausmachte. Der laufende Sachaufwand bildet den Rest der stetig

anfallenden Ausgaben. Zum Sachaufwand gehören u. a. Ausgaben für den Geschäftsbedarf, Mieten und Pachten u. ä. Insgesamt mussten im Jahr 2001 hierfür 1 360 Mio. € aufgewendet werden, etwa soviel wie im Vorjahr (- 0,5 %).

Sachinvestitionen stark rückläufig

Während die laufenden Ausgaben im Wesentlichen festliegen und daher wenig Ansatzpunkte für Kürzungen bieten, lassen sich die Ausgaben der Kapitalrechnung eher verändern. Das Land Niedersachsen hat im vergangenen Jahr jedoch keine Einsparungen vorgenommen, sondern bei der Kapitalrechnung deutlich höhere Ausgaben als im Vorjahr getätigt. Trotz gesunkener laufender Einnahmen wurden die Ausgaben der Kapitalrechnung weiter erhöht. Bereits im Vorjahr war diese Ausgabeposition u. a. durch erhöhte Sachinvestitionen um 10,0 % angehoben worden.

Die gestiegenen Ausgaben der Kapitalrechnung beruhen vor allem auf verstärkten Vermögensübertragungen in Form von Investitionszuweisungen und -zuschüssen. Auf sie entfielen 1 637 Mio. €, was rund 60 % aller Ausgaben der Kapitalrechnung ausmachte.

Für eigene Sachinvestitionen gab das Land dagegen weniger Geld aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Mittel erheblich reduziert, so dass sich das Investitionsvolumen um 26,9 % verringerte.

Besonders ins Auge fällt die stark ausgeweitete Gewährung von Darlehen. Mit 121 Mio. € übertraf sie den Stand des Vorjahres um beträchtliche 73,7 %. Darin waren Darlehen an den Personennahverkehr (Vorfinanzierung einer DB-Strecke durch das Land) enthalten. Im Gegensatz zu den Vorjahren spielte die Schuldentilgung an den öffentlichen Bereich im Jahr 2001 keine wesentliche Rolle. Nur 36 Mio. € (- 63,6 %) wurden zurückgezahlt.

Steuern deutlich überwiegende Einnahmequelle

Weitaus überwiegende Einnahmequelle des Landes waren im Jahr 2001 wiederum die Steuereinnahmen. Sie erreichten insgesamt einen Betrag von 14 335 Mio. € (siehe Tabelle 2). Allerdings konnte das Ergebnis von 2000 nicht erreicht werden. Die Einbußen beliefen sich auf 3,4 %. Dabei sind die steuerähnlichen Abgaben – wie z. B. von Spielbanken – in Höhe von 208 Mio. € mit berücksichtigt worden. Ohne diese Abgaben verfügte das Land im Jahr 2001 über 14 126 Mio. € an Einnahmen aus Steuern (siehe Tabelle 3).

Die Einnahmen aus den sogen. „Gemeinschaftsteuern“, bei denen sich der Bund und die Länder – einschließlich

der Gemeinden – das Steueraufkommen teilen, gingen überdurchschnittlich um 4,4 % gegenüber dem Vorjahr zurück und erreichten nur noch einen Betrag von 12 359 Mio. €. Unter Einbeziehung der steuerinduzierten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) und aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) verschlechterte sich die finanzielle Situation des Landes im Vorjahresvergleich um 4,5 %.

2. Kassenmäßige Einnahmen des Landes im Jahr 2001 (vorläufiges Ergebnis)

Art der Einnahmen	Mio. €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %
Steuereinnahmen ¹⁾	14 335	1 806	-3,4
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ²⁾	3 159	398	-5,8
dar. von Bund und Ländern	2 547	321	-4,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	- 321	- 40	x
Gebühren, sonstige Entgelte	148	19	-24,4
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	234	30	-6,2
Einnahmen der laufenden Rechnung	17 555	2 211	-8,1
Veräußerung von Vermögen	65	8	x
Vermögensübertragungen	882	111	+30,8
dar. von Bund und Ländern ³⁾	782	99	+42,9
Rückflüsse von Darlehen	137	17	+124,1
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	21	3	+16,0
Einnahmen der Kapitalrechnung	1 106	139	+46,2
Bereinigte Gesamteinnahmen	18 661	2 350	-6,0
Besondere Finanzierungsvorgänge	2 871	362	+143,8
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2 847	359	+146,1

¹⁾ Einschl. steuerähnl. Abgaben (= 208 Mio. €). - ²⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen. - ³⁾ Zuweisungen für Investitionen.

Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich bei den zuletzt genannten Einnahmen um Vorauszahlungen handelt, die noch unter dem Vorbehalt der Endabrechnung für das Kalenderjahr 2001 stehen.

Die Summe aus Steuereinnahmen (14 126 Mio. €), Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich (548 Mio. €) sowie Bundesergänzungszuweisungen (816 Mio. €) übertraf mit insgesamt 15 490 Mio. € das Haushaltssoll für das Jahr 2001 um 32,8 Mio. €. Im Vorjahr betrug diese Differenz allerdings 478,1 Mio. €, so dass sich die Einnahmeseite im abgelaufenen Jahr 2001 nicht mehr so günstig entwickelte.

Verstärkter Rückgang der Lohnsteuer

Die Lohnsteuer lag – wie schon in den beiden Vorjahren – nicht mehr an der Spitze der Steuerquellen. Sie nahm wiederum hinter der Umsatzsteuer nur noch den zweiten Rang ein. Insgesamt besaßen allerdings die Steuern vom

3. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv im Jahr 2001

Art der Steuern	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000 in %
	Mio. €		
Landesanteile an Gemeinschaftsteuern	12 934	12 359	-4,4
dav. Steuern vom Einkommen	6 911	6 296	-8,9
dav.: Lohnsteuer	4 865	4 711	-3,2
veranlagte Einkommensteuer	402	262	-34,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	427	583	+36,5
Zinsabschlagsteuer	251	302	+20,3
Körperschaftsteuer	966	438	-54,7
Steuern vom Umsatz ¹⁾	5 639	5 679	+0,7
Gewerbsteuerumlage	384	384	+0,0
Landessteuern	1 658	1 767	+6,6
dar.: Vermögensteuer	41	35	-15,0
Erbschaftsteuer	236	221	-6,3
Grunderwerbsteuer	414	407	-1,8
Kraftfahrzeugsteuer	738	862	+16,8
Lotteriesteuer	162	171	+5,3
Feuerschutzsteuer	24	30	+24,8
Biersteuer	41	41	-1,0
Steuereinnahmen des Landes zusammen	14 593	14 126	-3,2
nachrichtlich: Länderfinanzausgleich	607	548	-9,8
Bundesergänzungszuweisungen	1 024	816	-20,3
Gemeindeanteile an Gemeinschaftsteuern	2 156	2 048	-5,0
dav.: Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	1 930	1 823	-5,5
Umsatzsteuer	226	224	-0,8
Gemeindesteuern	2 826	2 545	-9,9
dav.: Grundsteuer A	58	58	+1,1
Grundsteuer B	875	900	+2,8
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	1 824	1 517	-16,8
übrige Gemeindesteuern	69	70	+0,8
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv zusammen	4 982	4 593	-7,8
nachrichtlich: kommunaler Finanzausgleich	2 773	2 793	+0,7

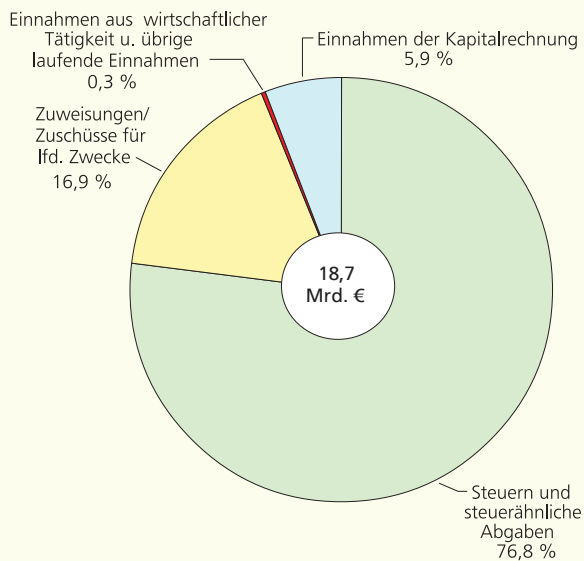
¹⁾ Einschl. Ausgleichszahlungen. - ²⁾ Nach Abführung der Gewerbesteuerumlage.

Einkommen innerhalb der Gemeinschaftsteuern ein deutliches Übergewicht. Die mit weitem Abstand dominierende Steuer vom Einkommen, nämlich die Lohnsteuer, war auch im Jahr 2001 rückläufig. Dieser Rückgang lässt sich zum Teil auf erhöhte Kindergeldzahlungen zurückführen. So leistete das Land Niedersachsen im Jahr 2001 Kindergeldzahlungen in Höhe von insgesamt 3 045,3 Mio. €, 32,9 Mio. € oder 1,1 % mehr als im Jahr 2000. Davon entfielen 490,4 Mio. € auf steuerliches Kindergeld und 2 554,9 Mio. € auf Zahlungen über Kindergeldkassen. Durch diese Abzüge vom Lohnsteueraufkommen ist ein genauer Vergleich mit vorherigen Zeiträumen stark beeinträchtigt. Entscheidende Gründe für die Einbußen bei der Lohnsteuer im Jahr 2001 dürften die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Tarifsenkung gewesen sein.

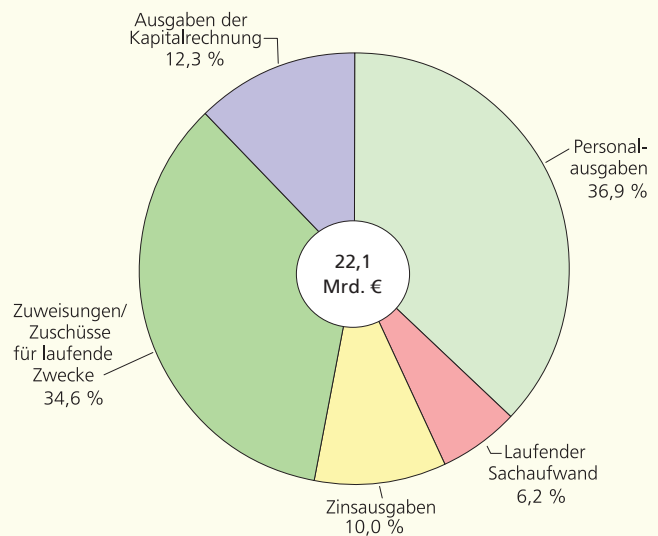
Unter Berücksichtigung der Steuerausfälle durch Kindergeldzahlungen und zusätzlich auch durch Arbeitnehmer-sparzulagen in Höhe von 17,3 Mio. € verblieben dem Land vom Lohnsteueraufkommen noch 4 711 Mio. €. Dies waren 3,2 % weniger als im Jahr 2000. Die im Verhältnis zum Vorjahr erhöhten Einbußen dürften auch Ergebnis der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gewesen sein.

Die Entwicklung bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag – im Wesentlichen ist dies die Kapitalertragsteuer – verlief auch im Jahr 2001 wie schon in den Vorjahren deutlich positiv. Das Aufkommen erhöhte sich von 427 Mio. € im Jahr 2000 um 156 Mio. € auf 583 Mio. € im Jahr 2001. Daraus ergab sich eine Zuwachsrate von

Kassenmäßige Gesamteinnahmen des Landes 2001 - in Prozent -



Kassenmäßige Gesamtausgaben des Landes 2001 - in Prozent -



immerhin 36,5 %. Ursache hierfür dürften vor allem hohe Gewinnausschüttungen der Unternehmen gewesen sein.

Das Aufkommen an Zinsabschlagsteuer hat sich im Jahr 2001 ebenfalls merklich erhöht. Nach einer bereits im Vorjahr deutlichen Steigerung erreichten die Einnahmen im vergangenen Jahr 302 Mio. €. Das waren 51 Mio. € oder 20,3 % mehr als im Jahr 2000.

Die bei der veranlagten Einkommensteuer vorgenommenen Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Steuerschuld erreichten im Jahr 2001 einen Betrag von 3 200,3 Mio. €. Sie blieben damit um 2,7 % hinter dem Stand des Vorjahres zurück. Die Abschluss- und Nachzahlungen lagen im Jahr 2001 deutlich unter den Vorjahresbeträgen. Insgesamt ergab sich eine Abnahme um 118,0 Mio. € oder 7,0 % auf 1 566,6 Mio. €. Das Erstattungsvolumen war im Jahr 2001 mit 3 084,6 Mio. € um 57,1 Mio. € rückläufig, vor allem wegen der um 35,4 Mio. € gesunkenen Erstattungen im Rahmen von Arbeitnehmerveranlagungen. Dadurch konnte im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr ein positiver Effekt verzeichnet werden, der allerdings nicht ausreichte, um die negative Gesamtentwicklung der veranlagten Einkommensteuer aufzuhalten. Mit 262 Mio. € blieben die Einnahmen aus dieser Steuerart um immerhin 34,9 % unter dem Stand des Vorjahres. Dazu trug auch die um 141,1 Mio. € auf 1 022,7 Mio. € gestiegene Eigenheimzulage bei, die aus der Einkommensteuer bezahlt wird.

Die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer wurde im Jahr 2001 wie bei der Einkommensteuer entscheidend

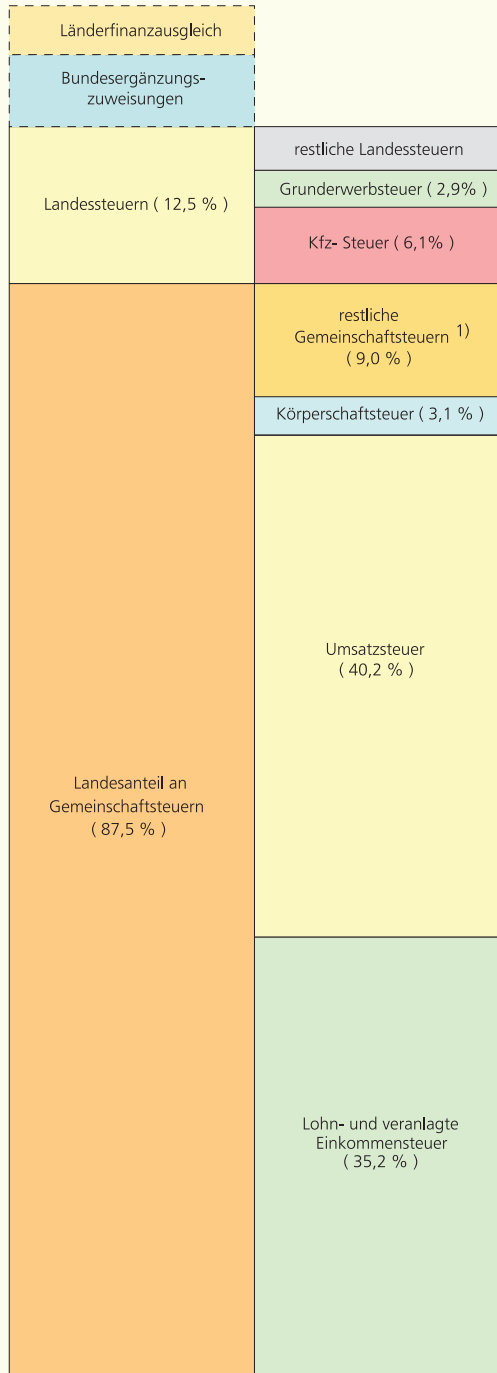
durch die Vorauszahlungen, insbesondere vom letzten Vorauszahlungstermin für den Veranlagungszeitraum 2001, bestimmt. Die rückläufige Tendenz in den ersten neun Monaten setzte sich auch im vierten Quartal fort. Die Nachzahlungen haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 196,3 Mio. € auf 815,3 Mio. € erhöht, die Erstattungen sind 2001 aber um 819,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen, so dass sich hieraus und aus dem Rückgang der Vorauszahlungen per Saldo eine deutliche Verringerung des Körperschaftsteueraufkommens ergab. Vermindert wurden die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer auch durch die Zahlung von Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen in Höhe von 146,6 Mio. €. Der Anteil der Körperschaftsteuer am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftsteuern erreichte 2001 nur noch 3,5 % nach 6,6 % im Vorjahr.

Umsatzsteuer wieder stärkste Steuerquelle

Wie im Vorjahr nahm die Umsatzsteuer auch im Jahr 2001 wieder den ersten Rang unter den Steuerquellen ein. Gegenüber dem bereits hohen Niveau des Jahres 2000 trat eine weitere Steigerung ein, allerdings in nur noch geringem Ausmaß. Obwohl die Finanzämter mit einem Betrag von 4 777,2 Mio. € um 3,1 % weniger Umsatzsteuereinnahmen erzielten, verblieben dem Land unter Berücksichtigung der Einfuhrumsatzsteuer, der Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich und der Fondskosten höhere Einnahmen als im Jahr 2000. Insgesamt lag der Landesanteil an der Umsatzsteuer um 39,3 Mio. € oder 0,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Dies war vor al-

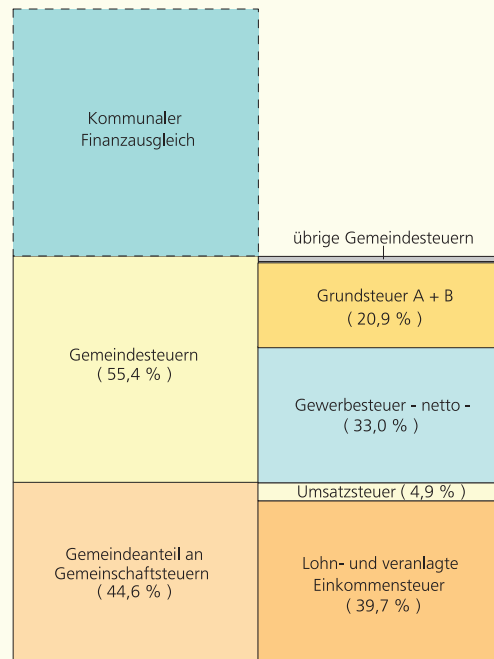
Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden/Gv

Land 2001 = 14 126 Mio. €



- Anteil in v. H. der Steuereinnahmen
des Landes bzw.
der Gemeinden/Gemeindeverbände -

Gemeinden/Gv 2001 = 4 593 Mio. €



1) Einschließlich Gewerbesteuermulage

lem auf die deutlich geringere Ablieferung an den Bund und eine leichte Verbesserung bei der Einfuhrumsatzsteuer zurückzuführen. Da sich die Einnahmen Niedersachsens im Jahr 2000 im Verhältnis zu den übrigen Bundesländern weiter ungünstig entwickelten, ist der Verteilungsschlüssel für das Jahr 2001 – wie im Jahr 2000 – nochmals zugunsten Niedersachsens verändert worden.

Einnahmen aus reinen Landessteuern gestiegen

Die Einnahmen aus den reinen Landessteuern sind im Jahr 2001 gestiegen. Mit einem Betrag von 1 767 Mio. € lagen sie um 109 Mio. € (+ 6,6 %) deutlich über dem Stand von 2000. Trotz dieser erheblichen Steigerung ist die vorgesehene Kompensation für den Wegfall der Vermögensteuer durch Mehreinnahmen aus der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer immer noch nicht gelungen. Nach einem kräftigen Zuwachs im Jahr 2000 gingen die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im Jahr 2001 sogar um 6,3 % zurück. Auch bei der Grunderwerbsteuer (- 1,8 %) war die Entwicklung negativ. Die erwarteten Einbußen aus der rückläufigen Abwicklung von älteren Verfahren der Vermögensteuer (- 15,0 %) fielen dagegen kaum ins Gewicht. Entscheidend geprägt wurde die Entwicklung bei den Landessteuern im Jahr 2001 durch die Kraftfahrzeugsteuer, der mit Abstand ergiebigsten Steuerquelle unter den reinen Landessteuern. Ihr Anteil machte fast 50 % aus. Da es hier einen beträchtlichen Zuwachs um 124 Mio. € oder 16,8 % gab, konnten die Einbußen bei der Grunderwerb- und Erbschaftsteuer ausgeglichen und das Gesamtergebnis positiv gestaltet werden.

Die restlichen Landessteuern spielten als Einnahmequelle keine wesentliche Rolle. Die Lotteriesteuer erbrachte dem Land im Jahr 2001 einen Betrag von 171 Mio. € (+ 5,3 %). Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer stieg zwar um 24,8 %, erreichte jedoch nur 30 Mio. €. Aus der Biersteuer flossen dem Land 41 Mio. € zu, etwa soviel wie im Vorjahr.

Zuweisungen/Zuschüsse deutlich rückläufig

Neben den Steuereinnahmen zählen die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke einschließlich der allgemeinen Zuweisungen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen zu den wichtigsten Einnahmepositionen der laufenden Rechnung. Sie führten im Jahr 2001 zu Einnahmen für das Land in Höhe von insgesamt 3 159 Mio. € (siehe Tabelle 2). Gegenüber 2000 ging damit der Betrag deutlich um 5,8 % zurück. Mit über 80 % waren der Bund und die Länder an den Zahlungen beteiligt, insbesondere an den bereits erwähnten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuwei-

sungen. Diese Beträge verringerten sich im Vorjahresvergleich um 4,2 %.

Aus der Position „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ geht erwartungsgemäß hervor, ob und in welchem finanziellen Umfang das Land Einnahmen aus seinen wirtschaftlichen Aktivitäten erzielt. Im vergangenen Jahr war diese Einnahmeart negativ. Der Grund hierfür lag darin, dass die Rückzahlung der Förderzinsabgabe an das Unternehmen BEB im vierten Quartal 2001 als negative Einnahme verbucht wurde. Diese Rückzahlung übertraf den Betrag aus den laufenden Einnahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit. Per Saldo ergab sich daraus ein Minus in Höhe von 321 Mio. €.

Im Gegensatz zu den Kommunalhaushalten lieferten die Gebühren und sonstigen Entgelte im Landeshaushalt nur einen geringen Finanzierungsbeitrag. Mit einem Aufkommen im Jahr 2001 von 148 Mio. € machten sie nicht einmal 1 % der Einnahmen der laufenden Rechnung aus. Dabei lagen diese Beträge weit unter dem Stand des Vorjahres (- 24,4 %).

Vermögensübertragungen stark gestiegen

Außer den laufenden Einnahmen fließen dem Land weitere Geldbeträge zu. Die Einnahmen der Kapitalrechnung setzen sich aus Vermögensübertragungen, Rückflüssen von Darlehen, Erlösen aus Vermögensveräußerungen sowie Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich zusammen. Im Jahr 2001 erreichten sie eine Summe von 1 106 Mio. €, die um 46,2 % über dem Stand vom Jahr 2000 lag. Allerdings ergab sich diese Zuwachsrate im Vergleich mit einem stark gesunkenen Vorjahreswert (Rückgang im Jahr 2000: 15,9 %). Durch die starke Erhöhung stieg der Anteil der Einnahmen aus der Kapitalrechnung an den „Bereinigten Gesamteinnahmen“ von 3,8 % im Jahr 2000 auf 5,9 %.

Wichtigste Einnahmeart der Kapitalrechnung waren im Jahr 2001 die Vermögensübertragungen. Mit 882 Mio. € lagen sie um 30,8 % erheblich über den Beträgen des Vorjahres. Den weitaus überwiegenden Anteil machten die Zuweisungen für Investitionen von Bund und Ländern aus. Die Einnahmen hieraus stiegen noch stärker, und zwar um 42,9 %.

Die Rückflüsse von Darlehen (z.B. aus der Förderung des Wohnungsbaus) erhöhten sich im Vorjahresvergleich um immerhin 124,1 %. Mit 137 Mio. € erlangten sie jedoch keine wesentliche Bedeutung als Einnahmequelle. Dies galt auch für die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen (65 Mio. €) und der Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich (21 Mio. €).

Negativer Finanzierungssaldo höher als im Vorjahr

Durch Gegenüberstellung der Einnahmensumme aus der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (= „Bereinigte Gesamteinnahmen“) einerseits und der entsprechenden Ausgabensumme (= „Bereinigte Gesamtausgaben“) andererseits errechnet sich der „Finanzierungssaldo“.

Diese Größe war auch im Jahr 2001 negativ. Sie gibt also an, in welchem Umfang die Ausgaben über den Einnahmen lagen. Die entstandene Differenz muss über die sog. „besonderen Finanzierungsvorgänge“ abgedeckt werden. Überwiegend geschieht dies durch Inanspruchnahme des Kreditmarkts.

Im Jahr 2001 erreichte der Saldo einen Betrag von 3 407 Mio. €. In dem hohen Betrag kommt die Rückzahlung der Förderzinsabgabe an die BEB zum Ausdruck, die sich als negative Einnahme ausgewirkt hat und Ursache dafür war, dass der negative Finanzierungssaldo um rund 1,2 Mrd. € anstieg.

2. Kommunalfinanzen

Wie aus ersten Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik abzulesen ist, hat sich die Haushaltslage der niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert. Nachdem in 1998 erstmals eine spürbare Verbesserung der seit Anfang der 90'er Jahre schwierigen Finanzlage der Kommunen festgehalten werden konnte, die sich bis 2000, wenn auch abgeschwächt, fortsetzte, ist jetzt eine Trendwende zu einer noch schwierigeren Finanzsituation für die Kommunen unübersehbar. Von 467 Verwaltungseinheiten nahm der Anteil derer, die in ihren Verwaltungshaushalten keine Überschüsse (Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ohne Zuführungen) nachweisen konnten, nochmals um 24 auf 181 zu. Von den kreisfreien Städten waren 4 von 8 betroffen. Lediglich bei den Landkreisen traf dies nur noch bei 16 von 38 und somit 3 Haushalten weniger als im Vorjahr zu. Das zeigt, dass die Haushaltslage für eine wachsende Zahl von Kommunen ungebrochen angespannt ist.

Finanzierungssaldo wieder negativ

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist es wie bereits im Jahr 2000 nicht gelungen, ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Dem leichten Wachstum der um den zwischengemeindlichen Zahlungsverkehr und haushaltstechnische Verrechnungen bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) auf

14 099 Mio. € (+ 2,2 %) stand ein Rückgang der vergleichbaren Einnahmensumme auf 13 549 Mio. € (- 2,5 %) gegenüber. Daraus resultiert erstmals nach drei Jahren wieder ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 550 Mio. €. Das überaus günstige Ergebnis der Vorjahre von + 273 Mio. € in 1998, + 165 Mio. € in 1999 und + 143 Mio. € in 2000 (lt. Jahresrechnungsstatistik) wurde deutlich verfehlt. Auch für das Jahr 2002 erwarten die Kommunen lt. Haushaltsansatzstatistik ein kräftiges Minus.

Zahl der kommunalen Ausgliederungen gegenüber dem Vorjahr konstant

Diese Ergebnisse berücksichtigen noch nicht, dass die niedersächsischen Kommunen wie bereits in den Vorjahren auch in 2001 von der Möglichkeit Gebrauch machten, Teilbereiche aus den Kommunalhaushalten auszugliedern. 2001 wurden nach Kenntnis des NLS 39 Einrichtungen ausgegliedert (im Vorjahr 40). Ihr Schwerpunkt lag wie in den Vorjahren im Aufgabenbereich Abwasserbeseitigung (13 Einheiten), daneben aber auch bei den Hilfsbetrieben der Verwaltung (5 Einheiten) und anderen Einrichtungen. Aus diesem Grunde wird der Vorjahresvergleich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben sowie dem Schuldenstand beeinträchtigt.

Das NLS versucht, mit Hilfe einer freiwilligen Befragung der Kommunen, eine Abschätzung der Auswirkungen der Ausgliederungen in Form einer Basisbereinigung vorzunehmen. Ziel der Basisbereinigung ist es, die Finanzvorfälle, die den Aufgabenumfang in den Kommunalhaushalten im Vorjahr repräsentieren, den entsprechenden Finanzvorfällen im Berichtsjahr anzupassen.

Tab. 4. gibt einen Eindruck über das Finanzvolumen, das den Kommunalhaushalten durch Ausgliederungen im Berichtsjahr und im Laufe des Vorjahres verloren gegangen ist. Dieses Finanzvolumen wurde zur Bereinigung der Vorjahresbasis (2000) für die Berechnung von Veränderungs-raten in den Tab. 5. und 6. sowie der Abb. 3. abgesetzt. Durch diese Basisbereinigung verschieben sich die Veränderungs-raten der bereinigten Ausgaben und der bereinigten Einnahmen um jeweils + 0,3 Prozentpunkte. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in ihrer Summe wird also nur geringfügig gestört. Für einzelne Zahlungsarten sind die Verzerrungen dagegen immer noch sehr deutlich.

Bei der Darstellung der statistischen Ergebnisse ab dem Jahr 2001 – und das gilt nicht nur für die Finanzstatistiken – ist weiterhin zu berücksichtigen, dass es in der kommunalen Verwaltungsstruktur in Niedersachsen im vergangenen Jahr zwei Veränderungen gegeben hat. Zum 1. November 2001 wurde die Region Hannover gegründet. Sie setzt sich aus der Landeshauptstadt Hannover,

4. Ausgefallenes Finanzvolumen aufgrund kommunaler Ausgliederungen 2000/2001
Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen nach Arten

Art der Ausgaben/Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		Davon			
			kreisfreie Städte		kreisangehörige Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen	
	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner	1 000 €	€ je Einwohner
Ausgaben						
Personalausgaben	14 248	2	2 645	3	11 603	2
Laufender Sachaufwand	13 979	2	6 720	7	7 258	1
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	3 248	0	-	-	3 248	0
Sachinvestitionen	10 524	1	5 275	5	5 249	1
Kassenmäßige Ausgaben insgesamt	66 566	8	27 859	28	38 707	6
Einnahmen						
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke	5 857	1	369	0	5 489	1
Gebühren und ähnl. Entgelte	40 512	5	18 606	18	21 906	3
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	525	0	39	0	486	0
Vermögensübertragungen	2 467	0	816	1	1 651	0
Kassenmäßige Einnahmen insgesamt	55 526	7	21 958	22	33 567	5

dem ehemaligen Landkreis Hannover, den Gemeinden des ehemaligen Landkreises Hannover sowie dem inzwischen aufgelösten Kommunalverband Großraum Hannover zusammen. In der Folge wird die Landeshauptstadt Hannover nicht mehr den kreisfreien Städten zugerechnet sondern den kreisangehörigen Gemeinden. Zum gleichen Zeitpunkt bildeten sich die beiden Samtgemeinden Dornum und Bunde mit ihren Mitgliedsgemeinden zu Einheitsgemeinden um. Durch Wegfall der Mitgliedsgemeinden reduziert sich die Zahl der niedersächsischen Kommunen von 1 211 auf 1 203.

Leichtes Ausgabenwachstum bei der laufenden Rechnung

Die Ausgaben der laufenden Rechnung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 244 Mio. € auf 11 679 Mio. €. Dem Ausgabenwachstum von 2,1 % (bereinigt + 2,4 %) steht auf der Einnahmenseite ein Rückgang von 1,3 % (bereinigt - 0,9 %) gegenüber.

82,8 % der bereinigten Gesamtausgaben entfielen 2001 auf die laufende Rechnung. Das Verhältnis zwischen konsumtiven und vermögenswirksamen Ausgaben hat sich um 0,1 Prozentpunkte wie in den beiden Vorjahren weiter zugunsten der Investitionen verschoben. Die Personalausgaben stellen dabei mit 3 856 Mio. € den bedeutendsten Ausgabenblock dar. Die Veränderungsrate von 1,8 % (unbereinigt) liegt 1,2 Prozentpunkte über der des Vorjahres. Bezogen auf den gleichen Aufgabenbestand gegenüber dem Vorjahr, also unter Berücksichtigung der kommunalen

Ausgliederungen, beträgt die Steigerungsrate 2,2 %, 1,1 Prozentpunkte mehr als 2000. Hierbei entwickelten sich die Personalausgaben im kreisangehörigen Raum mit 2,4 % (bereinigt) deutlich höher als in den kreisfreien Städten (0,9 %). Ergebnisse der Haushaltsansatzstatistik deuten darauf hin, dass die Personalausgaben auch in 2002 nicht wesentlich steigen werden.

Soziale Ausgaben insgesamt zeigen leichten Anstieg

Die Bruttobeträge der Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. sowie der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zeigten sich mit 3 363 Mio. € um 2,6 % insgesamt gegenüber dem Vorjahr weiter steigend. Hierbei verteilen sich die Steigerungsraten gleichmäßig auf kreisfreie Städte und Kreise.

Die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen in 2001 weiter um 23 Mio. € (+ 0,9 %) auf 2 056 Mio. € an. Ebenso wuchsen die Ausgaben der Jugendhilfe um 6,3 % auf 524 Mio. €. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz konnten dagegen weiter um 5,3 % abgesenkt werden. Von den 424 € je Einwohner für soziale Ausgaben insgesamt entfielen 316 € je Einwohner auf die Sozialhilfe, 66 € je Einwohner auf die Jugendhilfe und 20 € je Einwohner auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Grundsätzlich zu beachten ist, dass das in der vierteljährlichen Kassenstatistik angegebene Ausgabevolumen nicht die Belastung der kommunalen Ebene wiedergibt, da hier Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht

5. Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2001

Art der Ausgaben	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % ⁴⁾
Personalausgaben	3 855 808	486	+ 2,2
Laufender Sachaufwand	2 707 179	341	+ 4,5
Zinsausgaben	547 560	69	+ 0,7
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ¹⁾	4 613 460	581	- 0,3
Leistungen der Sozialhilfe, Jugendhilfe u.ä. ²⁾	3 363 249	424	+ 2,6
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 407 828	429	+ 0,0
Ausgaben der laufenden Rechnung	11 679 429	1 471	+ 2,4
Sachinvestitionen	2 028 364	255	+ 1,3
Erwerb von Beteiligungen	30 146	4	-16,2
Vermögensübertragungen ³⁾	524 523	66	+15,9
Gewährung von Darlehn	65 053	8	+13,7
Schuldentilgung an öffentl. Bereich	58 681	7	+30,7
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	287 111	36	+16,8
Ausgaben der Kapitalrechnung	2 419 657	305	+ 3,1
Bereinigte Gesamtausgaben	14 099 086	1 776	+ 2,5
nachr.: Finanzierungssaldo	- 550 448	- 69	x
Besondere Finanzierungsvorgänge			
dar. Schuldentilgung an Kreditmarkt	729 677	92	-18,6

¹⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen, sowie Erstattungen an öffentl. Bereich. - ²⁾ Einschl. Leistungen, die im Auftrage von Bund und Land erbracht und von ihnen erstattet werden, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - ³⁾ Zuweisungen/Zuschüsse für Investitionen. - ⁴⁾ Die Veränderungsdaten basieren auf einem korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

und von ihnen erstattet werden, nicht abgesetzt werden können. Bewirtschaftete Fremdmittel sind dagegen in den Summen nicht enthalten. So werden Wohngeld und Unterhaltsvorschuss, auch wenn sie von den Kommunen ausgezahlt werden, finanzstatistisch als Ausgaben des Landes nachgewiesen. Darüber hinaus lassen sich die sozialen Ausgaben auf Gemeindeebene kaum miteinander vergleichen, da nicht alle kreisangehörigen Gemeinden (von ihrem Landkreis) zur Durchführung der Sozialhilfe „herangezogen“ werden und nur wenige von ihnen ein eigenes Jugendamt haben.

Investitionstätigkeit hat die Talsohle durchschritten

Während die Ausgaben der laufenden Rechnung weitgehend aus festen Größen bestehen, die nur geringe Gestaltungsspielräume zulassen, bietet die Kapitalrechnung in Zeiten extrem angespannter Haushalte mehr Möglichkeiten für Einsparungen. Diese beanspruchten die niedersächsischen Kommunen in den vergangenen Jahren sehr intensiv. Das in 1999 festgestellte wieder beginnende Wachstum der Investitionen setzte sich in 2000 und 2001 fort. Die Sachinvestitionen stiegen für die Gesamtheit der Kommunen um 1,3 % (bereinigt), bei den kreisfreien Städten sogar um 26,6 %. Dagegen verzeichnete der kreisangehörige Raum einen Rückgang um 1,9 %. Für

6. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. bis 4. Quartal 2001

Art der Einnahmen	Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise zusammen		
	1 000 €	€ je Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in % ⁴⁾
Steuereinnahmen (netto) ¹⁾	4 592 760	578	- 7,8
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke ²⁾	8 013 279	1 009	+ 1,7
dar. von Bund und Land	4 214 555	531	+ 3,2
Gebühren und ähnl. Entgelte	1 600 746	202	- 0,7
Übrige Einnahmen der lfd. Rechnung	1 322 050	167	+12,7
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	3 407 828	429	+ 0,0
Einnahmen der laufenden Rechnung	12 121 007	1 527	- 0,9
Veräußerung von Vermögen	573 177	72	-23,0
Vermögensübertragungen	1 033 887	130	+ 1,9
dar. von Bund und Land ³⁾	531 163	67	+ 0,7
Rückflüsse von Darlehn	69 188	9	+10,6
Schuldenaufnahme vom öffentl. Bereich	38 490	5	- 9,1
abzügl. Zahlungen von Gemeinden/Gv	287 111	36	+16,8
Einnahmen der Kapitalrechnung	1 427 631	180	-11,8
Bereinigte Gesamteinnahmen	13 548 638	1 707	- 2,2
Besondere Finanzierungsvorgänge			
dar. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	727 511	92	- 8,8

¹⁾ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ²⁾ Einschl. allgem. Zuweisungen, Umlagen, Schuldendiensthilfen und Erstattungen, jedoch ohne bewirtschaftete Fremdmittel. - ³⁾ Zuweisungen für Investitionen. - ⁴⁾ Die Veränderungsdaten basieren auf einem korrigierten Ergebnis für den Vorjahreszeitraum.

Sachinvestitionen wurden durchschnittlich 255 € je Einwohner ausgegeben, 1 € mehr als 2000. Sicher sind steigende Investitionen ein Zeichen dafür, dass bei einem Teil der Kommunen die finanziellen Spielräume größer geworden sind. Aber gerade nach einer längeren Phase rückläufiger und bis auf ein absolutes Minimum beschränkter Investitionen, werden diese irgendwann unaufschiebbar und müssen trotz Sparzwängen durchgeführt werden.

Für Baumaßnahmen als bedeutendstem Ausgabenposten wurden insgesamt 1 444 Mio. € aufgewendet. Das sind 2,7 % weniger als im Vorjahr. Hierbei gab es Zuwächse bei den kreisfreien Städten (6,6 %) und Landkreisen (20,2 %). Dagegen gab es bei den kreisangehörigen Gemeinden einen Rückgang (7,3 %). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass gerade bei den Baumaßnahmen der Vorjahresvergleich durch Ausgliederungen (insbesondere der Abwasserbeseitigung) aus den Kommunalhaushalten beeinträchtigt ist.

Bei den kreisfreien Städten variierten die Pro-Kopf-Beträge zwischen 482 € in der Stadt Wolfsburg gefolgt von Emden (325 €) und mit dem kleinsten Betrag der Stadt Wilhelmshaven (93 €). Im kreisangehörigen Raum lagen die Landkreise Rotenburg (Wümme) mit 306 € je Einwohner und Ammerland (287 €) am oberen und der Landkreis Wesermarsch mit 109 € am unteren Ende der Skala.

7. Ausgewählte Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände - Jahresergebnis 2001

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Regierungsbezirk Land	Bereinigte Ausgaben des Gesamt- haushaltes	Darunter				Schulden- tilgung an Kredit- markt	Bereinigte Einnahmen des Gesamt- haushaltes	Darunter			Schulden- aufnahme am Kredit- markt
			Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- u. Betriebs- ausgaben	Soziale Leistungen	Sach- investi- tionen			Steuern (netto)	Zuweisun- gen von Bund und Land	Gebühren, Zweckge- bundene Abgaben	
in € je Einwohner												
101	Braunschweig, Stadt	1 897	609	218	480	164	163	1 879	789	349	105	79
102	Salzgitter, Stadt	2 093	557	395	586	200	82	1 892	655	382	246	122
103	Wolfsburg, Stadt	2 947	664	348	373	896	13	2 550	1 299	71	128	-
151	Gifhorn	1 815	360	210	370	166	66	1 826	419	405	65	19
152	Göttingen	2 397	551	298	425	180	158	2 391	547	460	226	77
153	Goslar	2 285	546	335	399	176	37	2 133	524	511	215	205
154	Helmstedt	2 324	554	368	461	190	44	2 207	425	482	274	75
155	Northheim	2 121	494	245	391	145	69	2 132	500	470	136	41
156	Osterode am Harz	2 286	560	362	388	161	167	2 291	481	505	315	119
157	Peine	2 052	449	262	344	332	40	1 960	477	404	154	54
158	Wolfenbüttel	2 144	475	326	358	303	63	2 024	489	399	153	80
1	Braunschweig	2 191	530	293	417	247	91	2 110	605	405	173	78
241	Region Hannover	2 500	582	323	521	194	148	2 346	815	335	234	148
241001	Hannover, Landeshtpstd.	2 618	699	298	x	153	164	2 315	1 022	315	199	231
251	Diepholz	2 051	459	252	401	281	67	1 997	568	333	179	102
252	HamelN-Pyrmont	2 389	526	275	443	236	101	2 195	568	379	226	143
254	Hildesheim	2 407	500	339	460	186	99	2 304	532	391	247	86
255	Holzminde	2 164	480	279	446	264	29	1 973	415	379	176	48
256	Nienburg (Weser)	2 066	468	301	415	260	57	1 992	521	397	139	97
257	Schaumburg	2 388	441	350	415	253	123	2 755	463	447	271	33
2	Hannover	2 388	533	314	478	216	118	2 291	674	360	225	119
351	Celle	2 339	495	278	450	243	53	2 404	542	468	143	68
352	Cuxhaven	2 342	492	374	388	274	116	2 216	477	542	246	113
353	Harburg	1 880	380	207	309	265	36	1 794	530	331	105	75
354	Lüchow-Dannenberg	2 409	634	390	404	183	48	2 390	393	729	293	5
355	Lüneburg	2 495	527	312	464	315	164	2 318	502	449	285	145
356	Osterholz	1 913	425	234	317	210	151	1 990	502	398	82	195
357	Rotenburg (Wümme)	2 129	444	293	367	399	66	2 005	449	408	215	115
358	Soltau-Fallingb.ostel	2 436	482	412	459	249	74	2 320	518	396	323	80
359	Stade	2 426	436	272	415	297	105	2 322	599	308	192	92
360	Uelzen	2 302	430	263	402	239	144	2 214	480	448	237	176
361	Verden	2 009	501	320	355	220	70	2 033	654	312	233	53
3	Lüneburg	2 234	465	298	392	273	91	2 164	522	416	205	102
401	Delmenhorst, Stadt	1 981	501	329	560	267	73	1 861	511	508	292	183
402	Emden, Stadt	2 496	710	513	569	426	82	2 256	827	325	415	19
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	1 837	480	229	526	165	86	1 782	644	443	223	103
404	Osnabrück, Stadt	1 958	502	291	565	199	76	1 917	712	308	121	66
405	Wilhelmshaven, Stadt	1 770	572	243	527	180	10	1 948	491	567	109	-
451	Ammerland	2 014	384	332	300	360	32	1 942	455	362	182	92
452	Aurich	2 153	460	255	393	273	100	2 108	439	517	188	96
453	Cloppenburg	2 145	376	304	316	364	64	2 109	487	385	318	79
454	Emsland	2 240	352	248	360	377	88	2 198	501	401	129	46
455	Friesland	2 256	484	346	383	214	100	2 277	476	448	357	103
456	Grafschaft Bentheim	2 158	420	309	351	356	72	2 179	509	384	150	64
457	Leer	2 086	461	260	394	243	57	2 115	395	537	205	43
458	Oldenburg (Oldb)	1 941	445	354	296	279	30	1 876	476	367	295	26
459	Osnabrück	1 838	321	252	359	250	63	1 775	478	394	112	86
460	Vechta	2 122	355	326	376	437	53	2 042	535	304	256	64
461	Wesermarsch	2 030	511	292	443	150	103	2 024	593	409	141	19
462	Wittmund	2 173	486	331	346	276	40	2 159	414	473	400	76
4	Weser-Ems	2 050	427	287	401	284	69	2 013	514	415	198	70
	Niedersachsen	2 210	486	298	424	255	92	2 141	578	398	202	92
Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern												
152012	Göttingen, Stadt	2 327	611	287	x	148	151	2 283	665	371	191	30
153005	Goslar, Stadt	1 537	476	377	x	112	37	1 692	793	206	283	-
157006	Peine, Stadt	1 646	439	276	x	430	3	1 364	520	262	225	-
158037	Wolfenbüttel, Stadt	1 564	344	263	x	392	47	1 376	587	239	73	105
241005	Garbsen, Stadt	1 485	278	194	x	99	31	1 445	541	241	61	-
241010	Langenhagen, Stadt	1 949	503	347	x	172	110	1 996	1 118	29	70	-
252006	Hamel, Stadt	1 668	552	240	x	233	39	1 512	765	131	239	173
254021	Hildesheim, Stadt	2 389	495	425	x	114	67	2 111	663	215	338	61
351006	Celle, Stadt	2 331	599	296	x	152	54	2 361	745	263	238	-
352011	Cuxhaven, Stadt	1 883	476	518	x	137	131	1 695	664	367	320	73
355022	Lüneburg, Stadt	2 446	629	196	x	115	250	2 237	668	194	309	196
359038	Stade, Stadt	2 267	475	221	x	225	95	1 984	928	60	251	57
454032	Lingen (Ems), Stadt	2 224	342	225	x	300	71	2 112	592	150	191	-
456015	Nordhorn, Stadt	1 624	384	276	x	258	26	1 659	628	213	215	-
459024	Melle, Stadt	1 222	253	177	x	275	59	1 082	518	193	121	28

Bereinigte Gesamteinnahmen sinken (bereinigt) um 2,2 %

Die Einnahmen der laufenden Rechnung überstiegen die laufenden Ausgaben um 442 Mio. € (im Vorjahreszeitraum 844 Mio. €). Das Einnahmenwachstum des Vorjahres von 1,7 % kehrte sich unter Berücksichtigung der Ausgliederungen in einen Rückgang um 0,9 % um.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind insbesondere kräftige Einnahmeeinbrüche bei den Steuern. Das Steueraufkommen nahm, nachdem es bereits im Vorjahr erstmals seit 1996 wieder geringfügig um - 0,2 % sank, dieses mal um nicht weniger als 7,8 % ab. Hauptanteil an dieser Entwicklung trägt die Gewerbesteuer (netto), die um 16,8 % auf nunmehr 1 517 Mio. € sank. Insbesondere mussten die kreisfreien Städte (ohne Hannover) Einnahmeverluste bei der Gewerbesteuer (netto) von 96 Mio. € (- 23,2 %) gegenüber 2000 verkräften. Keine kreisfreie Stadt verzeichnete in 2001 Zuwächse. Die höchsten Verluste gegenüber dem Vorjahr bei dieser Einnahmequelle hatten Braunschweig mit 27 Mio. € (- 27,1 %), Osnabrück mit 21 Mio. € (- 30,9 %), Wolfsburg mit 17 Mio. € (- 14,6 %) sowie Emden mit 15 Mio. € (- 42,6 %).

Auch die kreisangehörigen Gemeinden verzeichneten insgesamt bei der Gewerbesteuer (netto) einen Rückgang von 211 Mio. € (-14,9 %). Aber hier gab es neben Verlierern auch Gewinner. Bei 646 Gemeinden ergaben sich in 2001 Verluste, allen voran die Landeshauptstadt Hannover mit 75 Mio. €. 371 Gemeinden konnten aber auch Gewinne verzeichnen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als zweiter großer Posten unter den Steuereinnahmen verringerte sich ebenfalls und zwar um 5,5 %. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der seit 1998 als Ausgleich für die weggefallene Gewerbesteuer gezahlt wird, verfehlte den Vorjahreswert (- 0,8 %) und erreichte eine Höhe von 224 Mio. €. Diese Verluste konnten von der Grundsteuer B, die in 2001 wie schon in 2000 ein vergleichsweise geringes Wachstum um 2,8 % hatte, bei weitem nicht kompensiert werden.

Die Pro-Kopf-Beträge der Steuereinnahmen zeigen bei den kreisfreien Städten eine Streuung zwischen 1 299 € in der Stadt Wolfsburg und 827 € in der Stadt Emden an zweiter Stelle und 491 € in der Stadt Wilhelmshaven. Bei den kreisangehörigen Gemeinden stellen die Gemeinden Salzbergen mit 2 108 €, Dörpen mit 2 085 € und Lemwerder mit 1 672 € die Spitzenreiter. Die Kommunen mit den geringsten Steuereinnahmen je Einwohner waren die Gemeinden Stadland mit 45 € und Freistatt mit 149 €. In der Gemeinde Fürstenberg übertrafen sogar die Steuerrückzahlungen die Einnahmen um 56 € je Einwohner. Rück-

zahlungen aus der Gewerbesteuer, die größer sind als die Einnahmen, stellen aber meist Sonderfälle in einzelnen Jahren dar und sind für die betroffenen Gemeinden selten die Regel.

Bei der Betrachtung der bereinigten Einnahmen des Gesamthaushaltes kommt neben den Steuern als wichtigster kommunaler Einnahmequelle den Zuweisungen von Land (und Bund) als zweitgrößtem Einnahmenblock besondere Bedeutung zu. Hier werden die Finanzmittel zusammengefasst, die den Kommunalhaushalten von übergeordneten Körperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden und die somit die originären Einnahmen ergänzen. Dazu zählen neben den Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs auch Anteile aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe sowie Zuweisungen für laufende Zwecke, Investitionszuweisungen und Schuldendiensthilfen. Dagegen erhalten die Kommunen Anteile aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer nicht mehr als gesonderte allgemeine Zuweisung, da dieser Bereich bereits 1999 in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen überführt wurde. Diese Gruppe von Einnahmen hatte im Jahresergebnis ein Gesamtvolumen von 3 160 Mio. € (ohne Erstattungen), 1,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum.

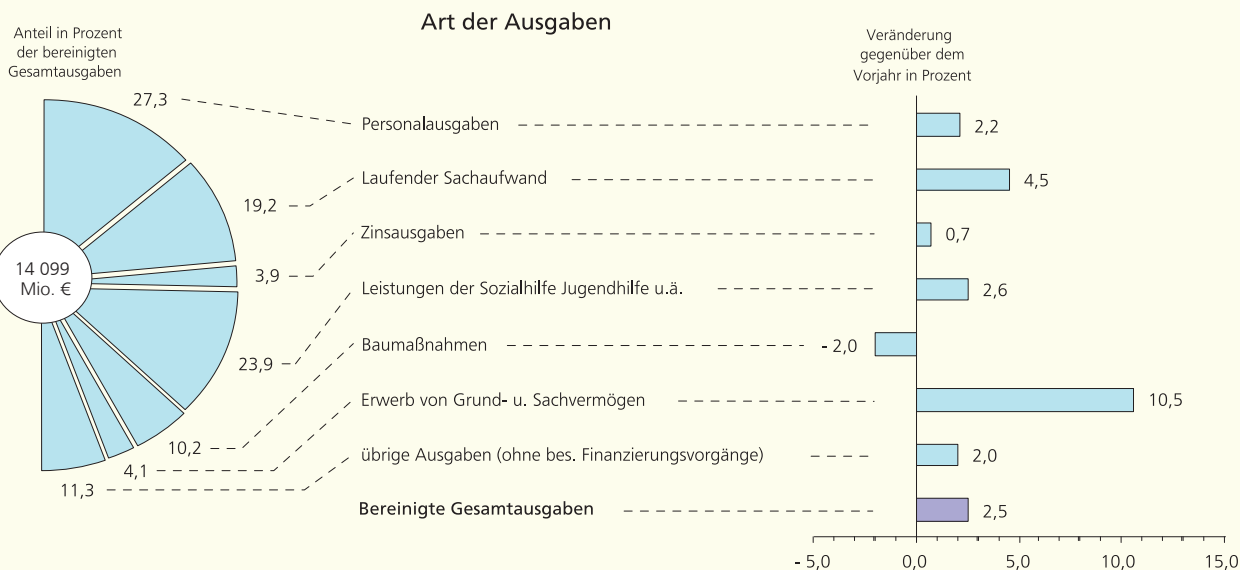
Die Zuweisungsmasse des Landes nach dem NFAG nahm gegenüber dem Vorjahr auf 2 768 Mio. € zu. 291 Mio. € wurden davon als Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in den Vermögenshaushalten eingenommen.

Gebühreneinnahmen stagnieren

Die Einnahmen an Gebühren und zweckgebundenen Abgaben weisen zwar einen Rückgang von 3,1 % (unbereinigt) gegenüber 2000 auf, der Vorjahresvergleich wird jedoch auch in 2001 in besonderem Maße durch Ausgliederungen gebührenstarker Bereiche aus den Kommunalhaushalten im Berichtsjahr verzerrt. Für die in den Kommunalhaushalten verbliebenen Aufgaben ergibt sich daher ein deutlich geringerer Rückgang um 0,9 % (gegenüber + 2,1 % im Vorjahr) bei dieser Einnahmenart. Obwohl die Kommunen wie schon in den Vorjahren in weit stärkerem Maße von der Finanzierung aus Gebühreneinnahmen Gebrauch gemacht haben, als dies auf den ersten Blick erscheint, konnten sie bezogen auf die bereinigten Ergebnisse erstmals seit vielen Jahren kein Einnahmewachstum bei den Gebühren erzielen.

Das Ausgabenwachstum der Kapitalrechnung um 3,1 % führte zusammen mit den Rückgängen auf der Einnahmeseite um 11,8 % gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung der Unterdeckung der Ausgaben um 257 Mio. € auf 992 Mio. €.

3. Ausgaben der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise nach Arten - 1. bis 4. Vierteljahr 2001 -



Die Einnahmen der Kapitalrechnung, die in den letzten Jahren insbesondere durch die Veräußerung von Vermögen eine wichtige Einnahmequelle darstellten, waren in 2001 um 11,8 % rückläufig. Hierbei gingen Vermögensveräußerungen sogar um 23,0 % zurück. Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe stellen die Ausnahme dar. Spitzenreiter ist der Landkreis Schaumburg mit einem Betrag von 98 Mio. € aus der Veräußerung von Anteilen der Elektrizitätsversorgung. An zweiter Stelle liegt die Landeshauptstadt Hannover mit 33 Mio. €, gefolgt von den drei kreisfreien Städten Wilhelmshaven (19 Mio. €), Wolfsburg (16 Mio. €) und Osnabrück (16 Mio. €) sowie der kreisangehörigen Gemeinde Schwanewede (10 Mio. €). Abgesehen von Ausnahmefällen handelt es sich hier nicht um „Notverkäufe“, sondern um Verkäufe von Grundstücken als Gegenstück zum Erwerb von Grundstücken.

Schuldenstand auf den ersten Blick weiter rückläufig, aber Kassenkredite steigen

Die Verschuldung insgesamt lag Ende des Berichtszeitraumes nach ersten Ergebnissen der kommunalen Schuldenstatistik mit 8 169 Mio. € um 317 Mio. € unter dem Vorjahresendstand. Insgesamt wurden von den Kommunen am 31.12.2001 einschließlich der Schulden bei öffentlichen Haushalten im Landesdurchschnitt 1 029 € je Einwohner nachgewiesen, 44 € je Einwohner weniger als im

Vorjahr. In diesem Zusammenhang muss jedoch angeführt werden, dass der Einfluss der Schulden von im Berichtsjahr ausgegliederten Einrichtungen hier nicht genau quantifiziert werden kann. In der Tendenz wird dadurch der Schuldenstand im Vorjahresvergleich zu niedrig dargestellt. Einen gewissen Hinweis auf die Größenordnung können die sonstigen Abgänge geben, die mit 462 Mio. € weit unter der Schuldenstandsveränderung lagen. Daher ist der Schuldenrückgang für die Kommunen insgesamt wohl ausschließlich auf Ausgliederungen zurückzuführen.

Wie im Vorjahr waren auch am Ende 2001 neben einer Reihe von Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden und dem gemeindefreien Bezirk Osterheide auch 2 Verwaltungseinheiten, die Gemeinde Dötlingen und der Samtgemeindebereich Harpstedt schuldenfrei. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung bei den kreisangehörigen Gemeinden wurde auf der Nordseeinsel Langeoog mit 3 018 € gefolgt von der Stadt Celle mit 2 006 € nachgewiesen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte variiert zwischen 90 € in Wilhelmshaven und 1 445 € in Delmenhorst, gefolgt von Braunschweig mit 1 346 €.

Die Kommunen mit dem höchsten Schuldenstand in € sind die Landeshauptstadt Hannover mit 683 Mio. €, gefolgt von der Region Hannover mit 392 Mio. €.

Als weitere Einnahmeart sei die Aufnahme von Kassenkrediten erwähnt. Diese Überbrückungskredite, die lediglich der Liquiditätssicherung dienen und aus Sicht der Finanzstatistik normalerweise eine unbedeutende Rolle spielen, haben Ende 2001 ihren bisherigen Höchststand von 1 809 Mio. € erreicht. Da der Stand der Kassenkredite zu einem festen Zeitpunkt abgefragt wird, sie somit keine kumulative Größe wie die Einnahme- und Ausgabearten darstellen und starken Schwankungen ausgesetzt sind, gibt ihre Höhe keinen genauen Eindruck von den daraus entstehenden Belastungen für die Kommunalhaushalte wieder. Zusätzlich können aber die im Jahr aufgelaufenen Zinsen für äußere Kassenkredite aus der vierteljährlichen Kassenstatistik betrachtet werden. Sie beliefen sich im Berichtsjahr auf 89 Mio. € gegenüber 65 Mio. € im Vorjahr. Aufgrund dieser Steigerung erscheint auch der höhere Stand der Kassenkredite plausibel. Diese zusätzlichen Aspekte unterstreichen, dass der Kreditmarkt auch außer-

halb der regulären Verschuldung von den Kommunen in erheblichem Maße in Anspruch genommen wird.

Kommunalfinanzen unter Druck

Insgesamt stellt sich die finanzielle Situation der Kommunalfinanzen wesentlich ungünstiger als in den drei Vorjahren dar. Gegenüber 2000 hat sich die Gesamtsituation deutlich verschlechtert. Die Zahl der Gemeinden mit Ist-Defiziten in den Verwaltungshaushalten und der hohe Stand an Kassenkrediten zeigt, dass viele Kommunen ihren Konsolidierungsprozess noch nicht erfolgreich abgeschlossen haben. Erschwerend kommen die Einnahmeausfälle bei den Steuern hinzu. Darüber hinaus deutet die negative Gesamtentwicklung darauf hin, dass die kommunale Ebene insgesamt noch keinen allzu festen Boden unter den Füßen hat und vielleicht noch schwierigeren Zeiten entgegenseht.

Zusammenfassung: Staatsfinanzen

Die Ausgaben des Landes beliefen sich im Jahr 2001 auf insgesamt 22 068 Mio. €; sie lagen damit um 6,2 % über dem Stand des Vorjahres. Wichtigste Ausgabeposition waren wiederum die Personalausgaben, die allerdings infolge von Ausgliederungen aus dem Haushalt rückläufig waren und nur noch 36,9 % der Gesamtausgaben ausmachten. Die Einnahmen des Landes erreichten im Jahr 2001 einen Betrag von 18 661 Mio. €. Das waren 6,0 % weniger als im Jahr 2000. Aus der weitaus überwiegenden Einnahmequelle, nämlich den Steuern, flossen insgesamt 14 335 Mio. € in die Kassen des Landes. Damit mussten Einbußen in Höhe von 3,4 % hingenommen werden. Der sog. „Finanzierungssaldo“, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, war wiederum negativ und erreichte einen Betrag von 3 407 Mio. €.

Heinz-Jörn Christoff (Tel. 0511/9898-3225)

Zusammenfassung: Kommunalfinanzen

Die niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wiesen erstmals nach drei Jahren wieder einen negativen Finanzierungssaldo aus, und zwar in Höhe von 550 Mio. €. Die Personalausgaben stiegen um 2,2 % auf 3 856 Mio. €. Die Steuereinnahmen nahmen um 7,8 % ab. Insbesondere die Gewerbesteuer brachte einigen Gemeinden kräftige Einbußen. Die Gebühreneinnahmen sanken unter Berücksichtigung der kommunalen Ausgliederungen leicht um 0,9 %. Die Verschuldung der Kommunen verringerte sich um 317 Mio. € auf 8 169 Mio. € am 31.12.2001 – allerdings ohne Berücksichtigung der deutlich gestiegenen Kassenkredite. Die Gesamtentwicklung der Kommunalfinanzen deutet darauf hin, dass die schwierige Lage vieler Kommunen bezüglich ihrer Finanzsituation noch nicht überwunden ist.

Karl-Heinz Haupt (Tel. 0511/9898-3249)